

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich



SCHULE UND ERZIEHUNG ZUR DEMOKRATIE

- 4 | „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“
- 19 | DSGVO: Datenschutzwahnsinn vs. Gelassenheit und Ruhe
- 24 | Ingelheimer Fachkongress 2018 – Droht die Gefahr eines Bildungsexits?

„Wir haben als Verband immer für die Möglichkeit der äußeren Differenzierung gekämpft“

RLV-Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat fordert die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Dr. Karin Broszat ist seit 2016 Vorsitzende des Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg (RLV) und Schulleiterin an der Realschule Überlingen. Im Gespräch mit Bernd Karst thematisiert sie u. a. die bildungspolitischen Entwicklungen, die sich seit dem Politikwechsel von Grün-Rot zu Grün-Schwarz abzeichnen.

Bildung Real: Frau Broszat, im Mai 2016 ging in Baden-Württemberg bundesweit die erste und bislang einzige grün-schwarze Landesregierung an den Start. Der Koalitionsvertrag trägt den Titel „Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ Wie hat sich dieser Anspruch schulpolitisch erfüllt, wie sieht Ihre Bilanz als RLV-Landesvorsitzende aus?

Dr. Karin Broszat: In der Legislaturperiode zuvor wurde unter Grün-Rot das Schulsystem Baden-Württembergs ideologisch motiviert zutiefst erschüttert und destabilisiert. Baden-Württemberg war im Ländervergleich bis dahin bestens aufgestellt. Dennoch hatte Grün-Rot ohne Not nachhaltig einen Schulunfrieden vom Zaun gebrochen. Bildungstektonisch kam es zu verhängnisvollen Verschiebungen, die bis heute ungünstig nachwirken. Das bedeutet zunächst, dass hier einiges wieder auf feste Füße gestellt werden muss: Gewaltige Aufräumarbeiten, um die man die neue Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann (CDU) nicht beneiden kann. Der Koalitionsvertrag mit den Grünen bremst dabei so manche Bewegung in die richtige Richtung aus. Dennoch packt die Kultusministerin mit sachlicher Beharrlichkeit die richtigen Dinge an. Sie setzt auf Qualität und begibt sich konsequent auf Fehlersuche, und dies übrigens nicht erst nach dem verheerenden Abschneiden Baden-Württembergs bei den letzten IQB-Studien. Analysen von IQB-Studien verweisen stets auch auf frühere Weichenstellungen. Wo die Kultusministerin auf Fehlerursachen stößt, korrigiert sie an den richtigen Stellschrauben. So können etwa die weiterführenden Schulen ab diesem Schuljahr die Empfehlungen der Grundschule einsehen und mit Eltern und Kindern darüber ins Gespräch kommen. Sie verbietet die Methode ‚Schreiben nach Hören‘ in der Grundschule, gibt einen Rechtschreibrahmen heraus



usw. Sie bezeichnet die Realschule als „tragende Säule unseres Schulsystems in Baden-Württemberg“. Mit einem neuen Konzept will sie die Realschulen unterstützen, sich für die Zukunft stark aufzustellen. Das Ziel ist mehr Leistung und Qualität – ein Ansinnen, in dem wir sie voll und ganz unterstützen.

„Viele Länder, nicht nur Bundesländer, haben uns beneidet“

Das Nebeneinander von Gemeinschaftsschule, Realschule und Werkrealschule erscheint verwirrend. Wie werden diese Schularten in der Öffentlichkeit wahrgenommen, welchen Stellenwert hat die traditionelle Realschule in Baden-Württemberg? Die CDU stellt mit Dr. Susanne Eisenmann schließlich die Kultusministerin des Landes. Das erzeugt Erwartungen...

Als Verbandsvorsitzende und als Schulleiterin sehe ich große Verunsicherungen bei Lehrkräften und Eltern. Die drei wesentlichen Schularten Hauptschule/Werkrealschule, Realschule, Gymnasium und daneben die Förderschule waren einstmals konzeptionell sehr gut aufeinander abgestimmt. Sie ergänzten sich, orientierten sich an der Leistungsfähigkeit der Kinder und hatten dabei auch immer schon gemeinsame Schnittmengen. Außerdem waren sie durchlässig in alle Richtungen. Viele Länder, nicht nur Bundesländer, haben uns um dieses differenzierte bzw. differenzierende Schulsystem beneidet, welches Kindern in all ihrer Unterschiedlichkeit genau damit Rechnung trug, indem es pädagogisch unterschiedliche Wege bzw. Schularten bereitstellte.

Was hat sich schulpolitisch geändert?

Ideologisch motiviert und durch Geldgeschenke an die Kommunen wie auch an Schulleitungen gelockt, änderten viele

Haupt- und Werkrealschulen ihre bewährte Pädagogik und wurden unter Grün-Rot zu Gemeinschaftsschulen. Das Gymnasium verwehrt sich sofort gegen jede ‚feindliche Übernahme‘, denn, das wird oft vergessen, auch das Gymnasium sollte in der neuen Schulart Gemeinschaftsschule ‚aufgehen‘. Nun störten die Realschulen das Bild einer ‚Schule für Alle‘ und standen zur Disposition. Nachdem die Eltern aber beharrlich ihre Kinder weiterhin an der Realschule anmeldeten, bekam sie vom damaligen Kultusminister Andreas Stoch (SPD) verordnet, auch den Hauptschulabschluss anzubieten. De facto eine polit-ideologisch dirigistisch qualitative Herabsetzung der Realschule zugunsten einer landesweiten Etablierung von hoffentlich letztendlich gymnasial orientierten Gemeinschaftsschulen. Dann kamen die Landtagswahlen und die SPD wurde aus der Landespolitik und nicht zuletzt auch aus der Schulpolitik des Landes deutlich rausgewählt.

Inzwischen haben wir in Baden-Württemberg immer noch alle Schularten des dreigliedrigen Schulsystems – allerdings nun alle geschwächt durch eine viel zu große Heterogenität in sich. Vielerorts fehlt die klassische Hauptschule/Werkrealschule gänzlich. Daneben neu die Gemeinschaftsschule mit ihrem ganz eigenen pädagogischen Konzept: Ganztageschule, keine Noten, Lerncoaches, Lernateliers, Kompetenzraster, Lerncluster usw., was von Eltern für ihre Kinder zunehmend weniger angenommen wird. Wenn das kein heilloses Durcheinander ist, was dann?

„Den Grundschul-
lehrerinnen und -lehrern
wurden Kompetenzen
entzogen“

Sie fordern die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Ist diese Forderung politisch durchsetzbar?

Davon gehen wir als Verband aus. Noch vor einem Jahr wurde uns auf unsere Forderung entgegnet, eine Wiedereinführung der Verbindlichkeit sei eine Entscheidung gegen den Elternwillen. Dabei sind es nach unserer Erfahrung gerade die Eltern, welche sich Orientierung und klar umrissene Schularten für ihre Kinder wünschen und sehr wohl sehen, was für ein Durcheinander die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung in Folge an die Schulen Baden-Württembergs gebracht hat.

Natürlich wollen Kinder zunächst mit ihren Freunden und Freundinnen aus der Grundschule weiterhin zur Schule gehen, und Eltern suchen verständlicherweise die aus ihrer Sicht beste, i. d. R. zunächst höhere oder höchste Schulart für ihr Kind. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite wurden den eigentlichen Experten, den Grundschullehrerinnen und -lehrern, die vier Jahre lang mit den Kindern gearbeitet haben, unter Grün-Rot damals planmäßig alle relevanten Kompetenzen zur pädagogischen Beurteilung der Lernbelange eines Kindes entzogen und somit ein übler Keil zwischen Elternsicht und schulisch professioneller Sicht getrieben.

Für die meisten Kinder, die nach zwei erfolglosen Schuljahren dann von einer Schule auf die andere wechseln müssen, wäre die bindende professionelle Einschätzung ihrer Grundschullehrkräfte definitiv hilfreich gewesen.

Eine seinerzeit mit Hinweis auf ‚Datenschutz‘ und ‚Freiheit der Eltern‘ getarnte Beliebigkeit der Schulartwahl geht immer zu Lasten der Kinder – und das in einer äußerst sensiblen Entwicklungsphase. Kinder sind unterschiedlich und nicht beliebig. Sowenig Kinder beliebig sind, so wenig hat es auch die Schulartwahl zu sein. Die Politik sollte wieder mehr dem Sachverstand von Pädagogen trauen, die Kinder vier Jahre lang in deren Grundschulzeit begleitet haben.

Wünschen Sie sich exakt die Grundschulempfehlung alten Typs zurück – mit klarem Mindest-Notenschnitt für den Übergang auf Realschulen und Gymnasien?

Nicht unbedingt. Da gibt es Varianten. Vorgelagert einer verbindlichen Grundschulempfehlung könnte etwa eine Mischung aus zentralen Arbeiten und einer Beurteilung der Grundschullehrkräfte stehen. Auch ein der bindenden Empfehlung vorausgehendes ‚Diagnosejahr‘ in der vierten Klasse, in dem Lehrkräfte gezielt auf viele Aspekte der Leistungen der Kinder achten, ist denkbar. Selbstverständlich sollten Eltern in Zweifelsfällen immer die Möglichkeit haben, in einem unkomplizierten Verfahren eine externe Beurteilung einzubinden. Später in den weiterführenden Schulen sollten dann die Übergänge zwischen den Schularten durchlässig und die Schullaufbahnberatung durch Beratungslehrkräfte intensiv sein.

Seit dem Schuljahr 2017/2018 können die Realschulen ihre Schüler ab Klasse sieben getrennt unterrichten, d.h. entweder

auf Hauptschul-Niveau (G-Niveau) oder auf Realschul-Niveau (M-Niveau). Dabei entscheiden die Realschulen in eigener Verantwortung über die Form der Differenzierung. Sie können folglich eine Binnendifferenzierung innerhalb eines Klassenverbandes vornehmen oder getrennte Gruppen in äußerer Differenzierung bilden. Welche der beiden Alternativen präferieren die meisten Schulen? Wie positioniert sich der RLV?

Wir haben als Verband immer für die Möglichkeit der äußeren Differenzierung gekämpft, die unter Grün-Rot den Realschulen verwehrt wurde. Damit sollte ihnen ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu Gemeinschaftsschulen genommen werden.

„Wir haben uns
zur Wehr gesetzt“

Die alleinige Binnendifferenzierung, wie sie in der Gemeinschaftsschule praktiziert wird, würde unsere Klassenverbände auseinanderreißen, denn das gemeinschaftliche Arbeiten der Kinder einer Klasse auf ein gemeinsames Ziel hin, mit unterschiedlichsten Methoden, ist Kernstück der Realschulpädagogik. Deswegen haben wir uns stets gegen diesen unsinnigen Zwang zur Binnendifferenzierung zur Wehr gesetzt.

Es fehlen den Realschulen aber die nötigen Stunden, um eigene G-Niveau-Klassen zu bilden. Das Konzept der meisten Realschulen besteht nun darin, den Klassenverbund in einigen Fächern zu trennen, um in Gruppen fördernd zu unterrichten. Man halte sich zusammenfassend vor Augen: Eine Schulart wie die Hauptschule, die lernschwächere Kinder gezielt fördern kann, wurde zerschlagen, mit dem Ergebnis, dass diese Kinder nun in großen Realschulklassen und mit zusätzlichen Förderstunden unterrichtet werden müssen, wodurch das Gesamtkonzept einer überaus erfolgreichen Schulart wie der Realschule leidet. Unweigerlich stellt sich hier die Frage nach Qualität und Sinnhaftigkeit solcher Schulpolitik.

Am Rande sei noch angemerkt, dass Gemeinschaftsschulen mit ihrem Konzept offenkundig keine Alternative für schwache Schülerinnen und Schüler darstellen. Gerade diese brauchen nämlich Orientierung und Unterstützung beim Lernen und gehen bei zu viel Offenheit und Selbstbestimmung der Lernformen unter.

Schildern Sie bitte etwas ausführlicher die aktuellen Probleme der Realschule und

ihrer Lehrerschaft in Baden-Württemberg.

Die Realschulen hatten und haben immer noch ein eigenständiges, unverwechselbares pädagogisches Profil. Die Methodenvielfalt ist ein weiteres Kernstück der Bildung an Realschulen, ebenso die hohe Fachlichkeit. Die Lehrkräfte versuchen, mit ihren Schülern ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Das Zusammenspiel von Abstraktion und Praxisorientierung öffnet Realschülern ein weites berufliches Feld. Das Abitur über Berufliche Gymnasien im Anschluss an die Realschule hat sich bewährt.

Im Unterschied zur Gemeinschaftsschule sind die Realschulen aber schlechter ausgestattet. Sie haben weniger Poolstunden und einen größeren Klassenteiler. Das muss dringend geändert werden. Realschullehrkräfte sind gewohnt mit Heterogenität umzugehen. Inzwischen sitzen in unseren vollen Klassen aber alle Leistungsniveaus vom Hochbegabten bis zum Förderschüler. Das bedeutet für die Lehrkräfte und für die Kinder eine große Belastung, und der Lernfortschritt aller leidet darunter. Deshalb fordern wir zum einen eine verbindliche Grundschulempfehlung, die allen Eltern und somit auch den Kindern Orientierung auf deren Schullaufbahn gibt und zum anderen klar umrissene Schularten. Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten.

„Wir wünschen uns deutlich mehr Fachlichkeit und tatsächliche Unterstützung“

Welche Ansprüche sollten Lehrerbildung, Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung erfüllen? Sowohl mit der Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann als auch mit der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer befinden Sie sich in einem ständigen Dialog. Was kritisieren Sie konkret, was wollen Sie erreichen?

Das stimmt, mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann sind wir in ständigem Austausch auch über Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung. Sie kennt unsere Kritik an den in der grün-roten Regierungszeit dominierenden ideologisch geprägten Fortbildungsthemen. Wir wünschen uns wieder deutlich mehr Fachlichkeit und tatsächliche Unterstützung im realen Schulalltag.

Mit Wissenschaftsministerin Theresia Bauer haben wir im Januar 2018 Kontakt

Zur Person

Dr. Karin Broszat, geb. 1965, studierte an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg die Fächer Deutsch, Gemeinschaftskunde und Biologie für das Lehramt an Realschulen.

An der Mädchenrealschule St. Klara in Rottenburg unterrichtete sie acht Jahre lang und promovierte parallel dazu an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen bei Professor Hans-Ulrich Grunder zum Thema „Leistungsbeurteilung in Projekt- und Freiarbeit“.

Von 2002 bis 2011 war sie Schulleiterin an der Mädchenrealschule St. Elisabeth in Friedrichshafen. Parallel dazu war sie als Dozentin für die PH-Weingarten tätig. Seit 2013 leitet sie die Realschule Überlingen mit derzeit ca. 720 Schülerinnen und Schülern und 53 Lehrkräften.

Im Oktober 2016 wurde sie zur Landesvorsitzenden des Realschullehrerverbands (RLV) Baden-Württemberg gewählt.

Sie ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann und zwei Söhnen am Bodensee.

aufgenommen. In einem Schreiben an sie und die Hochschulrektorinnen und -rektoren merkten wir an, dass wir die bildungsspezifische Position der Realschulen am Hochschultyp PH in der akademischen Erziehungsreflexion nicht mehr abgebildet sehen. Unser Verband geht davon aus, dass dem grundgesetzlich ausgewiesenen Anspruch auf „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ in schulischer Hinsicht am besten durch das Angebot differenzierter Bildungswege entsprochen werden kann. Die bildungspolitisch spezifische Position der Realschule, die sowohl theoretisch vertiefte praxisorientierte Bildung als auch akademische Anschlusswege beinhaltet, sehen wir an den Pädagogischen Hochschulen des Landes kaum mehr vertreten. Ferner ist es ein Ärgernis, dass in der dortigen Erziehungswissenschaft zunehmend ideologische Positionen vertreten werden. Für den RLV stellt es eine untragbare Verkürzung bildungspolitischer Ausrichtung dar, wenn eine sehr wohl vorhandene rationale Position in der PH-Erziehungswissenschaft nicht abgebildet wird. Somit wird unserer Meinung nach auch die Breite des Diskurses nicht repräsentiert. Den Studierenden wird immer mehr eine bildungspolitische Monokultur vorgeführt. Ein Gespräch infolge unseres an konkreten Vorgängen festgemachten Schreibens mit den Rektorinnen und Rektoren der Pä-

dagogischen Hochschulen fand daraufhin zwar statt, brachte uns aber keine sonderlich neuen oder erhellenden Erkenntnisse. Die Unterschiedlichkeit in Wahrnehmung und Deutung in dieser Sache war und ist offenkundig. Auch das Antwortschreiben der Wissenschaftsministerin blieb höflich an der Oberfläche. Interessant dagegen war die Reaktion sehr vieler vor allem junger Lehrkräfte, die unsere Aussagen verifizierten und bekräftigten. Ein Thema also, an dem wir als Realschullehrerverband nah und unbequem dran bleiben werden.

Frau Dr. Broszat, Sie sind seit 1993 im Schuldienst. Was sind für Sie rückblickend die prägenden pädagogischen Erfahrungen, was erwarten Sie mit Blick auf die Schulpolitik in den nächsten Jahren?

Ich war schon immer mit ganzem Herzen Lehrerin und Rektorin und würde diesen Beruf immer wieder ergreifen. Es erfüllt mich stets aufs Neue, junge Menschen in einer wichtigen Phase ihrer Entwicklung, nämlich während ihrer Schulzeit, zu begleiten.

Nachhaltig beeindruckt hat mich in den letzten Jahren, dass in kurzer Zeit zahlreiche ideologisch gefärbte Schnellschüsse in der Bildungspolitik so viel Unruhe und tatsächlich auch Unfrieden in gut funktionierende Schulen gebracht haben. Nehmen Sie die Realschulen: Kaum einer hätte jemals gedacht, dass eine Schulart, die so leise, bescheiden und erfolgreich arbeitet, unter einen solchen heftigen politisch initiierten Druck gerät.

Als Landesvorsitzende werde ich mich intensiv für ein differenziertes, leistungsorientiertes und leistungsstarkes Schulsystem in Baden-Württemberg und für eine starke Realschule einsetzen. Der RLV hat alle Antennen ausgefahren und wird wiederholte Fehlentwicklungen sofort und vital kommentieren. Dazu haben wir uns gut aufgestellt!

Schule und Verbandsarbeit erfordern einen enormen Zeitaufwand. Was unternehmen Sie, wenn sie sich nicht in der Schule aufhalten oder für ihren Verband unterwegs sind?

Dann verbringe ich die Zeit mit meiner Familie und all dem, was da noch so dazu gehört.



Das Gespräch führte Bernd Karst für Bildung.Real
berndkarst@t-online.de